



Unruhe im Preševo-Tal

Zur wirtschaftlichen Dimension eines Minderheiten-Konflikts

MICHAEL EHRKE

Februar 2013

- Das mehrheitlich von Albanern bewohnte Preševo-Tal in Südserbien wird seit November 2012 wieder von einem ethnisch-politischen Konflikt heimgesucht. Vordergründig geht es um ein Denkmal, mit dem an die getöteten Mitglieder der »Befreiungsbewegung für Preševo, Bujanovac und Medvedja« erinnert werden sollte. Hintergrund dieses lokalen Konflikts sind der Regierungswechsel in Serbien, die Fortschritte in dem Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo und der Anspruch der Regierung Albanien, sich als Vertretung aller Albaner in Serbien, dem Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Griechenland zu präsentieren.
- Der Konflikt im Preševo-Tal hat wie die meisten Minderheiten-Konflikte auf dem Balkan eine ökonomische Dimension: Angesichts der Schwäche des privaten Sektors der Wirtschaft gerade in peripheren Regionen bietet nur der öffentliche Sektor stabile und legale Beschäftigungsverhältnisse an. Öffentliche Jobs sind daher sehr begehrt, werden aber oft unter ethnischen Gesichtspunkten verteilt.
- Da sich die Staaten des Balkans vorwiegend ethnisch definieren, genießen die Mitglieder der Titularnation auch eine Art Monopol auf öffentliche Jobs. Dieses Monopol kann dann relativiert werden, wenn die Lage der Minderheit als Sicherheitsproblem wahrgenommen wird. Für Minderheiten gibt es daher einen Anreiz, den ethnischen Konflikt virulent zu halten, gleichzeitig aber seine Virulenz zu begrenzen.

Eine Provinzposse?

Im November 2012 wurde vor dem Rathaus der südserbischen Stadt Preševo eine rote Marmorstele errichtet, die an 27 getötete Kämpfer der »Befreiungsarmee für Preševo, Bujanovac und Medvedja« (UCPBM) erinnerte. Die drei Gemeinden Preševo, Bujanovac und Medvedja – drei Kleinstädte mit den umliegenden Dörfern, in denen insgesamt etwa 85.000 Menschen leben – werden mehrheitlich von Albanern bewohnt. Am höchsten ist der albanische Bevölkerungsanteil in Preševo, wo er 90 Prozent übersteigt (genaue Daten gibt es nicht, da die Albaner den letzten serbischen Zensus boykottierten), in den beiden anderen Gemeinden ist er deutlich niedriger.

In diese Kleinregion an der Grenze zu Kosovo und Mazedonien war im Jahre 2000 der Kosovo-Konflikt geschwappt. Die aus dem Kosovo vertriebenen serbischen Polizisten und Soldaten konzentrierten sich hier nach dem Ende des Krieges und lösten bei der Bevölkerung Unsicherheit aus. Vor diesem Hintergrund bildete sich die UCPBM, ein Ableger der UCK, der die Loslösung »Ost-Kosovos« von Serbien und dessen Anschluss an den Kosovo betrieb. Gefördert wurde die Befreiungsarmee durch eine mehrere Kilometer breite demilitarisierte Zone (Ground Safety Zone), die die NATO geschaffen hatte, um mögliche Zusammenstöße der KFOR-Truppen mit der serbischen Armee zu verhindern. Diese Zone wurde zum Rückzugs- und Versorgungsgebiet für die UCPBM. Wie die UCK im Nachbarland, wenn auch in weitaus kleinerem Maßstab, verfolgte die UCPBM ihr Ziel, indem sie serbische Soldaten, Polizisten und auch Zivilisten tötete. Doch anders als vorher die UCK konnte sie nicht auf die Unterstützung der USA, der EU und der NATO rechnen. Zwei Ereignisse hatten die Situation grundlegend verändert: In Belgrad war Milošević gestürzt worden, und die Regierung Zoran Djindjićs war vor allem daran interessiert, die internationale Isolation Serbiens zu durchbrechen. Das hieß, dass Serbien nach einer Konfliktlösung suchen musste, die für die NATO akzeptabel war. Zweitens waren ethnische Konflikte in Mazedonien aufgeflammt. Die NATO musste sich auf den Schutz der kosovarisch-mazedonischen Grenze konzentrieren, und ein gewaltsamer Konflikt an der Grenze des Kosovo zu Serbien hätte wichtige Kräfte gebunden.

Unter diesen Bedingungen kam es zu einer unmittelbar nach dem Kosovo-Krieg eher unwahrscheinlichen Koalition zwischen der neuen Regierung Serbiens und der

NATO, zu deren Opfer die UCPBM wurde. Die NATO öffnete die entmilitarisierte Zone für das serbische Militär und half bei der Entwaffnung der Befreiungsarmee. Die serbische Regierung dagegen verfügte eine Amnestie der ehemaligen Kämpfer und verband die »Rückeroberung« des Preševo-Tals mit einem gesellschaftlichen Reformprogramm, dem nach dem stellvertretenden serbischen Ministerpräsidenten Nebojša Čović benannten Čović-Plan. Das Programm zielte auf die politische, gesellschaftliche und kulturelle Integration der albanischen Bevölkerungsgruppe und auf die wirtschaftliche Entwicklung dieser ärmsten Region Serbiens. Es schloss eine Polizeireform ein, nach der die Polizei die ethnische Zusammensetzung der Region widerspiegeln sollte, eine Reform des Erziehungswesens, eine Öffnung der staatlichen Bürokratie für die albanische Bevölkerung und eine Ausweitung der Kompetenzen der örtlichen Gemeinden. Einer Studie der *International Crisis Group* (ICG) aus dem Jahre 2001 zufolge war der Čović-Plan eines der wenigen Beispiele erfolgreicher Konfliktlösung und -prävention auf dem Balkan, weil er mit einem Minimum von Gewalt und mit einer langfristigen Orientierung verbunden war, basierte aber auf so spezifischen Rahmenbedingungen, dass er als Vorbild für die Lösung anderer Konflikte kaum taugte.

Im Oktober 2007 veröffentlichte die ICG eine Beurteilung des nach sechs Jahren im Preševo-Tal Erreichten und kam wieder zu einem positiven Ergebnis. Sie verwies unter anderem auf multi-ethnische Gemeindeverwaltungen, gemischte Polizeipatrouillen, verbesserte albanisch-sprachige Medien und die erstmalige Wahl eines albanischen Abgeordneten in das serbische Parlament. Sie wies aber auch darauf hin, dass infolge des nachlassenden Krisendrucks in der Region auch das Engagement des serbischen Staates wie der internationalen Gemeinschaft nachzulassen drohe.

Weitere fünf Jahre später tauchte die UCPBM aber wieder aus der Versenkung auf, wenn auch nur in der symbolischen Form einer Denkmalsinschrift. Die Regierung in Belgrad reagierte mit Empörung: Die auf der Stele erwähnten getöteten Kämpfer seien Terroristen gewesen, so Ministerpräsident und Innenminister Ivica Dačić, und auch in den USA werde man kein Denkmal für Al-Qaida gestatten. An der offiziellen Reaktion fällt zweierlei auf: Zum einen die Qualifikation der UCPBK durch Dačić und andere (aber nicht alle) serbischen Politiker als »Terroristen«. Zur Zeit der akuten Krise 1999–2001 galten sie

als »Extremisten«, eine Klassifikation, die die Amnestie durch den serbischen Staat möglich machte. Zum andern schien es weniger um die Stele als um deren Standort zu gehen: Den Rathausplatz und damit das politische Zentrum von Preševo. An einem anderen Ort, etwa auf einem Friedhof, hätte die serbische Regierung die Stele möglicherweise akzeptiert. Daher forderte sie die Gemeinde auch auf, das Denkmal nicht zu vernichten, sondern zu verlegen – ohne Erfolg. Während die Wahl des Begriffs »Terroristen« jede Kompromissbereitschaft auszuschließen schien, deutete die Aufforderung zur Verlegung der Stele eine Lösungsmöglichkeit des Problems an.

Am 17. Januar 2013 rückte nach dem Ablauf eines Ultimatums die Gendarmerie mit 200 Mann und gepanzerten Wagen in Preševo an und riss die Stele ab. Allerdings zerstörten die Gendarmen das Objekt nicht, sondern brachten es in den Hof eines Gerichtsgebäudes in Niš, wo es aufbewahrt wird – möglicherweise für späteren Gebrauch.

Dominieren die ethnischen Reflexe?

Belegen die Auseinandersetzungen um die Stele das Vorurteil, dass multiethnisches Zusammenleben auf dem Balkan eben doch nicht oder nur unter schwerer Repression möglich ist? Reproduzieren sich hier im Mikrokosmos des Preševo-Tals dieselben ethnischen Differenzen, die Jugoslawien hatten auseinanderbrechen lassen? Und sind diese ethnischen Differenzen notwendig wirkungsmächtiger als offizielle – und auch unter dem Druck der EU zugestandene – Minderheitenrechte und gut gemeinte Reformprogramme?

Zumindest bestätigen die Vorfälle die Automatismen, den Symbolismus und die Aggressivität ethnischer Identifizierungen. Auf serbischer Seite versuchte eine Bande von Hooligans der Gendarmerie vorzuzukommen und die umstrittene Stele in Tschetnik-Manier in Eigenverantwortung zu vernichten. Sie wurde von der Polizei aufgehalten und zurückgeschickt. Auf albanischer Seite reagierte die Bevölkerung von Preševo mit friedlichem Protest, im Kosovo dagegen wurden auf serbisch-orthodoxen Friedhöfen Gräber geschändet, ein serbisches Kloster, das im Zuge des Pogroms von 2004 verbrannt und danach wieder aufgebaut worden war, wurde angegriffen und musste von KFOR-Truppen

geschützt werden, auf ein öffentliches Gebäude in Mitrovica wurden zwei Brandanschläge verübt, ein antifaschistisches Denkmal der vierziger Jahre wurde im Beisein der Kosovo-Polizei zerstört. Allerdings blieb die aus den Jugoslawienkriegen bekannte Gewalt gegen ethnische, nationale und religiöse Symbole dieses Mal selbst symbolisch: Bis jetzt (!) kam niemand ums Leben. Die Ausschreitungen im Kosovo erreichten bei weitem nicht die Dimension des anti-serbischen Pogroms des Jahres 2004. Und der gescheiterte Ausflug der serbischen Hooligans nach Preševo blieb ein eher bizarrer Einzelfall.

Erscheint der Streit um das Mahnmal in Preševo wie die in verkleinerter Form erfolgende Wiederaufführung des ex-jugoslawischen Dramas, so sollten doch die sehr speziellen Rahmenbedingungen dieser Aufführung nicht vernachlässigt werden. Die *erste* dieser Rahmenbedingungen ist der *Regierungswechsel* in Serbien, der die zwei Parteien an die Macht brachte, die Serbien in die Kriege der neunziger Jahre geführt hatten – was in den Nachbarländern automatisch Verstimmung auslöste. Zwar besteht zwischen der aktuellen und der letzten Regierung ein Element der Kontinuität, das von Ivica Dačić verkörpert wird, der auch in den Jahren 2008–2012 als stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister an der Regierung beteiligt war. Die Tatsache, dass die von ihm geführte Sozialistische Partei Serbiens (SPS) eine der Säulen des Milosević-Regimes gewesen war, wurde ihm und seiner Partei damals, als er und die SPS im Schatten von Boris Tadić und der Demokratischen Partei (DS) agierten, weniger übel genommen als heute. Eine von Tadić und der DS »gebändigte« SPS erschien weniger bedrohlich als eine Partei und ein Ministerpräsident, die heute ihrerseits in die Lage kommen könnten, ihren größeren Regierungspartner, die Serbische Fortschrittspartei (SNS), eine Abspaltung der ultra-nationalistischen Radikalen Partei, bändigen zu müssen. Zudem hat der Gründer, erste Präsident der SNS und derzeitige Staatspräsident Serbiens Tomislav Nikolić kaum eine Gelegenheit ausgelassen, um alte und kaum überwundene Ressentiments in der Region wieder aufleben zu lassen. Zu den Auswirkungen des Regierungswechsels in Serbien kommen die – möglicherweise nur strohfeuerartigen – nationalistischen Aufwallungen in Kroatien und im Kosovo, die den Freisprüchen des Den Haager Tribunals für Ante Gotovina, Mladen Markač und Ramush Haradinaj folgten. Alle drei gelten in Serbien als Kriegsverbrecher.

Die zweite Rahmenbedingung liegt – vielleicht paradoxerweise – in den *Fortschritten* im Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo – in einem Dialog, an dem die Preševo-Albaner beteiligt sein wollen, in den sie aber nicht einbezogen werden. Die neue serbische Regierung ist in den Verhandlungen mit »Pristina« weiter gegangen, als es ihre Vorgängerin gewagt hatte. Zum einen hat sie den vorherigen »technischen Dialog« auf die politische Ebene gehoben: Verhandlungspartner sind nicht mehr diplomatische Delegationen, sondern die Präsidenten und Ministerpräsidenten beider Länder. Zweitens hat Serbien einem »integrierten Grenzmanagement« zugestimmt und damit zumindest implizit anerkannt, dass es eine Grenze zwischen Serbien und dem Kosovo gibt. Drittens schließlich legte Serbien nach einem etwas unübersichtlichen Abstimmungsprozess erstmalig eine Art Programm zur künftigen Gestaltung des Kosovo vor, das auf eine »Autonomie« der mehrheitlich serbisch besiedelten Gemeinden des Kosovo nach »katalanischem« Vorbild hinausläuft. Und hier kommt die albanische Minderheit in Serbien (bzw. ihre Mehrheit im Preševo-Tal) ins Spiel: Was immer Serbien an speziellen Rechten für die Kosovo-Serben aushandelt, werden die Albaner in Serbien auch für sich beanspruchen. Sie können dies aber nur, wenn sie auch öffentlich wahrgenommen werden. Dies war lange nicht der Fall gewesen. Das Preševo-Tal galt als wirtschaftlich rückständig, war als »politischer Brennpunkt« aber in der Öffentlichkeit weniger präsent als die nicht weit entfernt gelegene Region des Sandžak. Die Errichtung des umstrittenen Denkmals war eine Provokation, die die albanische Frage wieder ins Licht der nationalen wie internationalen Öffentlichkeit brachte. Sie war aber nur deshalb erfolgreich, weil der serbische Staat so reagierte, wie es hätte vorausgesagt werden können: Seinerseits mit einer Provokation. Die Auseinandersetzungen um die Stele verknüpften also die Verhandlungen zwischen Serbien und dem Kosovo mit dem Status der albanischen Minderheit in Serbien und erhoben letzteren von einer lokalen Kuriosität zu einem Thema der Politik.

Die dritte Rahmenbedingung liegt darin, dass sich *Albanien* zunehmend als Sprecher der albanischen Bevölkerung in der gesamten Region zu präsentieren versucht. So griff der albanische Ministerpräsident Sali Berisha in die Auseinandersetzungen um das Denkmal ein. Die Drohung, dieses »Monument der Märtyrer für die Freiheit« abzureißen, sei, so Berisha, eine Provokation aller

Albaner. Albanien werde, solle es zum Abriss kommen, seine Beziehungen zu Serbien überdenken. Preševo hatte Berisha allerdings schon vorher erwähnt, bei der Feier des hundertsten Jahrestags der albanischen Unabhängigkeit, als er sich auf ein Albanien »von Preveza (in Nord-Griechenland) bis Preševo, von Skopje bis Podgorica« bezog (was den griechischen Außenminister bewog, einen Besuch in Tirana abzusagen). Damit bestätigte er die serbische und slawisch-mazedonische Furcht vor einem »Groß-Albanien«, einem Staatswesen, das Albanien und den Kosovo sowie die albanischen Minderheiten in Serbien, Montenegro, Mazedonien und Griechenland vereint. Es ist allerdings nicht anzunehmen, dass Albanien im Ernst ein derartiges territoriales Projekt verfolgt, Groß-Albanien bleibt ebenfalls eher auf der symbolischen Ebene. So wurde die albanische Fahne zum Unabhängigkeitstag auch im Kosovo und in Mazedonien geschwenkt, und der Einsatz für die »Märtyrer« der UCPBM sollte wohl zu einem über die Grenzen Albaniens hinaus geltenden albanischen Geschichtsverständnis beitragen. Die Tatsache, dass gerade von Serbien aus immer wieder Bestrebungen zu einem Groß-Albanien gewittert werden, mag auch auf das gescheiterte Parallelprojekt Groß-Serbien zurückzuführen sein. Der offensichtliche Versuch einer gesamt-albanischen Identitätskonstruktion belastet aber auch ohne ein großalbanisches Staatsprojekt die örtlichen Konflikte, wie sie im Preševo-Tal ausgetragen werden.

Preševo und anderswo: Zur politischen Ökonomie der Minderheiten-Konflikte

Das Preševo-Tal ist, wie erwähnt, die ärmste Region Serbiens. 60 Prozent der Einwohner stehen in keinem formellen Beschäftigungsverhältnis, das Überleben hängt von landwirtschaftlicher Subsistenzwirtschaft, von den Überweisungen der im Ausland arbeitenden Bewohner und von staatlichen Transfers ab. Von albanischer Seite (und in anderen Regionen von der Seite anderer Minderheiten) wird die wirtschaftliche Rückständigkeit auf ethnische Diskriminierung zurückgeführt: Die Region ist arm, weil der Minderheit, die hier in der Mehrheit ist, der Zugang zu Bildung, Selbstverwaltung und Eigentum verweigert wird. Der Zusammenhang ist jedoch nicht ganz so einfach, gerade im Preševo-Tal, wo die Entwicklungsanstrengungen des serbischen Staates durchaus ernst zu nehmen waren. Aber Serbien ist selbst ein armes Land, das von der Krise 2008

schwer getroffen wurde. Im Preševo-Tal gab es wenige industrielle Kerne (Möbelindustrie), die durch kriminelle Privatisierungen zerstört wurden – wie in ganz Serbien. Und das Tal ist geographisch Peripherie der Peripherie. Die Autobahn endet in Niš, 60 Kilometer von Preševo entfernt; danach bestimmen ausrangierte Armeelastwagen, Yugos aus den achtziger Jahren und landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge das Tempo; die Eisenbahn ist noch langsamer (der an ICEs und Bundesautobahnen gewöhnte Ausländer macht sich oft nicht klar, was im Herzen des Balkan *Entfernungen* sein können). Kurz, das Preševo-Tal ist ein *Randgebiet* und erleidet das Schicksal, das Randgebiete überall im Kapitalismus, von Mecklenburg bis zum Mezzogiorno, erleiden. Darüber hinaus aber ist es ein Randgebiet, das in die albanisch-slawischen Konflikte in der Region involviert und daher nicht nur von Stagnation, sondern auch von politischer Instabilität bedroht ist.

Gleichwohl gibt es aber auch einen Zusammenhang zwischen dem Minderheiten-Konflikt und dem ökonomischem Rückstand. Auf ganz Serbien bezogen bietet der private Sektor trotz weitgehend abgeschlossener Privatisierung den 7,3 Millionen Serben nur eine Million Arbeitsplätze an. Der öffentliche Sektor macht mit 800.000 Beschäftigungsverhältnissen 45 Prozent der Beschäftigung aus, wobei öffentliche Jobs in der Regel nicht nur sicherer, sondern auch besser entlohnt sind als private; es kommt hinzu, das öffentliche Arbeitsplätze oft als Plattform für die Erzielung zusätzlicher Einkommen, vulgo Korruption, genutzt werden können.

In peripheren und rückständigen Regionen ist der Anteil des öffentlichen Sektors an der Beschäftigung noch höher als im Landesdurchschnitt. Hier reduziert sich der private Sektor auf das kleine Baugewerbe und einen archaischen Dienstleistungssektor. Damit ist der öffentliche Sektor die einzige Instanz, die reguläre Beschäftigung anbieten kann: Auch in den ärmsten Regionen gibt es Polizisten, Lehrer und Postmeister. Derartige Jobs sind entsprechend begehrt – und die ethnische und sprachliche Zugehörigkeit kann über die Verteilung dieser Jobs entscheiden. Dies ist der Fall, wenn – wie auf dem gesamten Balkan – die Staaten ethnisch definiert und quasi als Eigentum der Titulnation angesehen werden. Das Anrecht der Titulnation auf den Staat schließt ein privilegiertes Anrecht ihrer Mitglieder auf staatliche Arbeitsplätze ein – dies ist einer der ökonomischen Hintergründe auch der

Jugoslawien-Kriege. Jede Sezession schafft neue öffentliche Jobs, auf die die Mitglieder der Titulnation ein Monopol haben, wenn sie deren Nicht-Mitglieder zu Minderheiten degradieren, die von dem Job-Pool ausgeschlossen sind. Die Unabhängigkeit Kroatiens begann mit der Entlassung der serbischen Polizisten aus dem Staatsdienst.

Je kleiner die nationalen Territorien werden, desto höher ist der Anteil des öffentlichen Sektors an der Beschäftigung. Ein extremes Beispiel hierfür ist der mehrheitlich von Serben bewohnte Norden des Kosovo, in dem Beschäftigte des öffentlichen Sektors aus Serbien ein Gehalt beziehen, das um 50 Prozent höher ist als in Serbien selbst. In einer Gemeinde dieser Region kommen auf 566 Schüler 127 Lehrer – ein unter pädagogischen Gesichtspunkten beneidenswertes Verhältnis. Ein anderes extremes Beispiel bietet Bosnien: Gesamtstaat, »Entitäten« und Kantone bringen es hier auf weit über 100 Ministerien – mit den damit verbundenen Posten. Die aus der Überadministration resultierenden Kosten und Ineffizienzen sind allerdings nicht das ungewollte Nebenprodukt einer schwierigen Konfliktlösung, sie sind für die lokalen Eliten *ökonomisch rational*. Der legale private Sektor bietet nur wenige Möglichkeiten der Bereicherung, also liegt ein möglichst großer öffentlicher Sektor auch im ökonomischen Interesse derjenigen, die die öffentlichen Jobs verteilen (und sich damit ihre Machtbasis sichern), wie derjenigen, die in den Genuss eines öffentlichen Beschäftigungsverhältnisses kommen. Erleichtert wird diese klientel-getriebene ethnische Beschäftigungspolitik dadurch, dass nicht nur in die Quasi-Protektorate Bosnien und Kosovo, sondern auch in die anderen Länder des Balkans erhebliche ausländische Mittel fließen.

Unter internationaler Aufsicht kann sich das Verhältnis zwischen Titulnation und Minderheit allerdings auch umkehren: Der von außen geforderte und geförderte Minderheitenschutz kann selbst zu einer *industry* werden, die den Mangel an Arbeitsplätzen im privaten Sektor – im bescheidenen Maße – ausgleicht. Im serbischen Sandžak etwa fordert die bosnische Minderheit Unterricht in der eigenen Sprache – einer Sprache, die mit dem Serbischen nahezu identisch ist. Aber »muttersprachlicher« Unterricht erfordert muttersprachliche Lehrer, also die Schaffung neuer öffentlicher Jobs, die unter ethnischen Gesichtspunkten, dieses Mal zugunsten der Minderheit, verteilt werden können.

Das Interesse am begrenzten Konflikt

Peripherien wie das Preševo-Tal stehen zum Zentrum – das heißt zum serbischen Zentralstaat ebenso wie zu den Zentrumsregionen und -staaten der EU – nur insofern in einer wirtschaftlichen Wechselbeziehung, als potentielle Arbeitskräfte in das Zentrum abwandern und Teile ihres Einkommens in ihre Ursprungsregion zurücküberweisen. Darüber hinaus sind sie auf nicht wirtschaftlich motivierte einseitige Zuwendungen des Zentrums angewiesen. Was aber motiviert das Zentrum, auf Einkommen zu verzichten, um die Lebensbedingungen an der Peripherie zu verbessern? In wirtschaftlich starken Staaten wie in der gesamten EU ist die Gleichheit – oder Angleichung – der Lebensverhältnisse in verschiedenen Regionen ein Imperativ, der kaum in Frage gestellt wird. Merkwürdigerweise wird extreme *soziale* Ungleichheit eher toleriert als Ungleichheit zwischen den Regionen eines Landes oder der EU. In einem wirtschaftlich schwachen Staat wie Serbien dagegen wird die Gleichheit oder Angleichung der Lebensverhältnisse zum einen durch den Mangel an wirtschaftlichen Ressourcen, zum andern aber auch durch ethnische Differenzen beeinträchtigt. Wenn an der Peripherie eine ethnische Minderheit angesiedelt ist, kann dies zwei einander entgegengesetzte Auswirkungen haben: Da sich, wie bemerkt, Staaten wie Serbien in erster Linie ethnisch definieren, entfällt gegenüber den ethnischen Minderheiten der nationale Solidaritätsdruck, wie er in ethnisch homogenen oder nicht ethnisch definierten Staaten herrscht; die Minderheiten und ihre Regionen können vernachlässigt werden, ohne dass dies als Skandal empfunden würde. Zum andern jedoch können Minderheiten und deren Regionen auch zum Gegenstand einer bevorzugenden Behandlung werden, dann nämlich, wenn sie als Sicherheitsproblem wahrgenommen werden. Die serbische Politik im Preševo-Tal in den Jahren 2000 bis 2007 ist ein Beispiel hierfür.

Ähnliches gilt auch für die EU und ihre Mitgliedsstaaten: Der Solidaritätsdruck gegenüber ärmeren Ländern innerhalb wie außerhalb der EU ist, wie sich gerade heute

zeigt, niedrig – es sei denn, es wird ein Sicherheitsproblem wahrgenommen. Das starke Engagement der internationalen Gemeinschaft, die enorme Summen auf den Balkan kanalisiert, ist Ergebnis einer solchen Bedrohungswahrnehmung. Die Jugoslawien-Kriege haben gezeigt, dass vom Balkan eine Bedrohung ausgehen kann, also genießt der Balkan im Hinblick auf Wirtschafts- und Entwicklungshilfe eine bevorzugende Behandlung. Diese wird aber in dem Maße der schleichenden Vernachlässigung weichen, in dem sich die Sicherheitslage normalisiert.

Die politischen Eliten des Balkan wie die Minderheiten *in* den Balkanländern stehen daher vor einem Zielkonflikt: Sollen sie sich als Musterschüler präsentieren, die den Vorgaben – der EU wie der nationalen Regierungen – vorbehaltlos nachkommen, damit aber in die Gefahr geraten, nicht mehr als *Problem* wahrgenommen und entsprechend vernachlässigt zu werden? Oder sollen sie sich als potentielle *trouble maker* profilieren, sich damit aber dem Risiko aussetzen, zum Opfer einer Strafaktion zu werden? Im Verhältnis der politischen Eliten des Balkan zur EU wäre die Strafe die Verweigerung oder Verzögerung der Mitgliedschaft und der mit ihr verbundenen Geldströme; im Verhältnis der nationalen Minderheiten zum Zentralstaat reicht sie von der Verweigerung der wirtschaftlichen und sozialen Integration bis hin zur direkten Repression.

Für die Eliten des Balkan wie für die Minderheiten liegt es also nahe, ethnische und andere Konflikte gleichzeitig virulent zu halten *und* ihre Virulenz einzugrenzen. Aber auch hier liegt ein gewisses Risiko: Die Schüsse auf deutsche KFOR-Soldaten im Norden des Kosovo brachten Serbien (absurderweise) die vorübergehende Verweigerung des Status als Kandidat auf die Mitgliedschaft in der EU. Die Albaner des Preševo-Tal dagegen haben sich im Kampf um Aufmerksamkeit durchgesetzt und im Wettbewerb mit dem Sandžak und der Vojvodina um den Titel des Krisengebietes Nummer Eins in Serbien gewonnen.



Über den Autor

Dr. Michael Ehrke ist Landesvertreter der FES in Serbien und in Montenegro.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-478-5